

Luzerner Zeitung

Samstag, 4. August 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 178 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Erste Elite-EM
Géraldine Ruckstuhl
tritt in Berlin gegen
ihre Vorbilder an. 36

Schutzklausel auch beim Lohnschutz

Bilaterale Jetzt liegt ein erster Vorschlag zur
Rettung des Rahmenabkommens vor.

Das Politlabor der Grünliberalen Partei legt den ersten konkreten Vorschlag für einen Kompromiss mit der Europäischen Union (EU) beim Lohnschutz vor. EU-Firmen sollen sich in der Schweiz nur noch vier Tage vor dem Ausführen von Arbeiten anmelden müssen, schreibt das GLP-Lab in einem Diskussionspapier. Dank einer Schutzklausel würde in

besonders von Lohndumping betroffenen Branchen oder Regionen die heutige Frist von acht Tagen weiterhin gelten. Ein besseres Anmeldeverfahren, etwa per App, würde zudem ermöglichen, die Lohn- und Arbeitskontrollen schneller zu organisieren, sodass diese gleich wirksam bleiben wie heute.

Die Grünliberalen richten mit ihrem Vorschlag den Fokus auf Verhandlungen, welche derzeit im stillen Kämmerlein vor sich gehen sollen. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hat diese Woche in Telefongesprächen mit Vertretern von Gewerkschaften und Wirtschaft das Kompromisspotenzial ausgelotet. Konkret geht es darum, die Acht-Tage-Regel durch Alternativen abzulösen, mit denen auch die EU besser leben kann. Das hat diese in den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen von der Schweiz verlangt.

In der Politik stösst der Vorschlag des GLP-Lab auf Interesse. **Skeptisch reagiert jedoch FDP-Ständerat Damian Müller, in der Partei zuständig für das Europa-Dossier: «Gut gemeint, aber am Ziel vorbeigeschossen.»** (ffe/ba)

Kommentar 6. Spalte



Damian Müller
Ständerat (FDP/LU)

Schluss mit dem unnötigen Wasserverbrauch



Trockenheit Die Gemeinde Weggis spart Wasser und stellt den Brunnen im Kreislauf eingangs Dorf ab. Gemeindepräsident Roger Dähler (im Bild) ruft die Bevölkerung zum sparsamen Umgang mit Wasser auf – und damit ist er nicht allein. 19/20

Bild: Corinne Glanzmann (3. August 2018)

Kommentar

Es braucht Bewegung

Ultimativ haben die Gewerkschaften verlangt, die Schweizer Acht-Tage-Regel müsse verteidigt werden. Nur damit liessen sich Schweizer Löhne vor Billigkonkurrenz aus Europa schützen. Die starre Haltung erschwert einen Kompromiss zwischen der Schweiz und der EU bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen.

Nun legt das Politlabor der Grünliberalen einen ersten konkreten Vorschlag vor, wie sich der Schweizer Lohnschutz auch ohne Acht-Tage-Regel aufrechterhalten liesse. Ausgerechnet eine Kleinpartei präsentiert konstruktive Lösungen – dabei wäre es doch an Bund, Gewerkschaften und Arbeitgebern, unbürokratische und wirksame Alternativen zu entwickeln. Diese gibt es, auch wenn die Gewerkschaften anderes behaupten.

Heute ist das Verfahren, mit dem EU-Firmen ihre Mitarbeiter in der Schweiz anmelden müssen, kompliziert und fehleranfällig. Zu viele Stellen sind involviert, die Kontrollstrukturen und die Kommunikationswege sind zu komplex. So behindert das aktuelle Schweizer System die Lohnkontrollen, statt sie zu fördern. Und die Gewerkschaften müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrem Widerstand eigene Pfründen zu verteidigen. Sie sind am Kontrollsystem beteiligt und werden dafür in Millionenhöhe entschädigt.

Natürlich besteht die Gefahr, dass die EU zu viel Mitspracherechte beim Schweizer Lohnschutz für sich beanspruchen will. Ob dieser Preis zu hoch ist, lässt sich erst dann beurteilen, wenn die Verhandlungen über das Rahmenabkommen zu einem Resultat führen. Um dies zu ermöglichen, müssen sich die Gewerkschaften aber zuerst einmal bewegen.



Fabian Fellmann
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Lebensdauer ist steuerbar

Alter Viele Menschen glauben, die Lebensdauer sei genetisch vorbestimmt. Dem sei nicht so, sagt der US-Altersforscher Thomas Perls im Interview mit dieser Zeitung. «Wir haben es zu einem grossen Teil selber in der Hand, ein schönes Alter zu erreichen», sagt Perls. Der Mediziner ist ein scharfer Kritiker von Anti-Aging-Produkten oder Hormonbehandlungen zur Verlängerung des Lebens. Perls sagt auch, die Schweizer hätten punkto Lebenserwartung noch «Luft nach oben». Bei Frauen beträgt die obere Grenze 89 Jahre, bei Männern 86 Jahre. (red) 2/3

Linkes Lager will sich neu formieren

Deutschland Die Fraktionschefin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, sieht Handlungsbedarf: Mit einer Sammlungsbewegung will sie die linken Parteien einen.

Die Gräben zwischen Sozialdemokraten und der Linkspartei sollen mit dem Konstrukt namens «Aufstehen» zugeschüttet werden. Ab heute können sich Interessierte parteiunabhängig auf der Website der Bewegung einschreiben. Ob Wagenknecht mit ihrem Vorhaben Erfolg haben wird, ist fraglich – sie und ihr Ehemann, der frühere SPD-Chef Oskar Lafontaine, sind umstrittene Figuren. (red) 5

Zollstreit noch ohne Folgen

USA «Der Blick auf den US-Arbeitsmarkt ähnelt dem Blick aus dem Bürofenster: kaum Wolken am Horizont auszumachen.» Das sagte gestern Ökonom Thomas Gitzel von der VP Bank angesichts der jüngsten Zahlen zur US-Wirtschaft. «Die Zollstreitigkeiten sorgen bislang für keine Ladehemmungen: Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt relativ hoch», sagte Gitzel weiter.

Die US-Arbeitslosenquote fiel im Juli wie erwartet um 0,1 Punkte auf 3,9 Prozent. Sie liegt damit nur einen Hauch über dem erst im Mai erreichten 18-Jahrestief von 3,8 Prozent. (sda) 9

Spitex ist neu per Internet buchbar

Luzern Die Dienste der öffentlichen Spitex lassen sich seit neuem digital über die Plattform «Opan» bestellen. Die meisten Organisationen im Kanton haben sich der Plattform bereits angeschlossen, nur 16 stehen noch aus. Unter Letzteren ist auch das Luzerner Kantonsspital, das in zwei Abteilungen zuerst ein Pilotprojekt durchführen will.

Die Anmeldung für das Angebot kann rund um die Uhr erfolgen und auch von Angehörigen vorgenommen werden. Vor dem ersten Besuch wird der Bedarf daher nach wie vor im persönlichen Gespräch geklärt. (red) 23

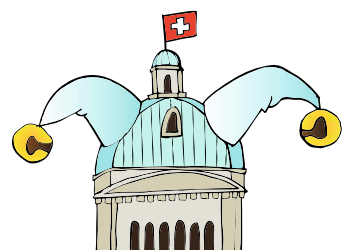
Medaillen für Bahnfahrer

Glasgow Start nach Mass: Die Schweizer Bahnfahrer haben an den Multisport-Europameisterschaften für die ersten Medaillen gesorgt. Das Swiss-Cycling-Quartett mit Stefan Bissegger, Thery Schir, Frank Pasche und Cyrille Thiery gewann Silber in der Mannschaftsverfolgung. Es unterlag im Final den starken Italienern. Nach dem Grosse Erfolg durch den Schweizer Bahnvierer sorgte Tristan Marguet gleich für einen weiteren Medaillengewinn. Der 30-jährige Waadtländer belegte im Scratch den 3. Platz. Gold holte der Ukrainer Roman Gladysch. (sda) 35



Kunterbund Altbackene Ideen und Accessoires

Wie die Armbrust sei auch die Hellebarde ein passendes Symbol unserer Zeit, sagte **Guy Parmelin** in seiner Rede zum 1. August, die sich vornehmlich um die Landessicherheit drehte. Der Verweis auf die spiessähnliche Waffe, mit der die Eidgenossen einst den Habsburgern zu Leibe rückten, passt zum Verteidigungs-



minister: Mit dem Handytäschlein, das er gerne beim Bundesratsreisli zur Schau trägt, hat er seine Vorliebe für aus der Zeit gefallene Accessoires bereits hinlänglich unter Beweis gestellt. (bär)

Die CVP bekundet Mühe, sich ein griffiges Adjektiv zu verpassen. Nachdem ihr sozialliberaler Anlauf in eine Sackgasse führte, probiert es der Solothurner CVP-Nationalrat **Stefan Müller-Altermatt** nun im Hitzesommer mit der «ökosozialen Marktwirtschaft». Die war in Deutschland und Österreich in den 1980ern und 1990ern populär. Aber Recycling passt ja ganz gut ins ökosoziale Konzept. (ffe)

Rekordernte dank gutem Wetter

Landwirtschaft In der Schweiz ist die Kirschenenernte in diesem Sommer überdurchschnittlich gross ausgefallen. Rund 2500 Tonnen Kirschen pflückten die Obstbauern. Das sind gut 70 Prozent mehr als im Frostjahr 2017. Im Vergleich zum Durchschnitt der letzten zehn Jahre war die Ernte 2018 rund ein Fünftel grösser, wie der Landwirtschaftliche Informationsdienst gestern mitteilte. Der Frost im Vorjahr habe dafür gesorgt, dass die Kirschbäume nur wenig oder gar keine Früchte trugen und deshalb heuer «ausgeruht» und umso produktiver waren. Ein weiterer Grund für die Grosseernte ist das gute Wetter. Es herrschten optimale Bedingungen, keine nasskalten Tage, sondern anhaltend warmes und trockenes Wetter.

Auch Schädlinge und Krankheiten bereiteten den Obstbauern wenig Sorgen. Die Kirschessefliege, die 2014 erstmals erhebliche Schäden angerichtet hatte, machte in diesem Jahr wenig Probleme. Schwieriger gestaltete sich die Vermarktung der Grosseernte. Wegen des trockenwarmen Wetters in der ganzen Schweiz kamen grosse Mengen gleichzeitig und nicht wie in normalen Jahren gestaffelt auf den Markt. Das zeitweise grosse Angebot an Kirschen drückte auf die Preise. Gut sehen die Aussichten auch für die Apfelernte aus. Die Obstbauern rechnen mit knapp 170 000 Tonnen. Das sind rund 30 Prozent mehr als im Durchschnitt der vergangenen vier Jahre. 2017 war die die Ernte wegen des Frosts mit 95 000 Tonnen sehr mager ausgefallen. (sda)

Schutzklausel feiert Comeback

Rahmenabkommen Mit seinem Vorschlag, die Acht-Tage-Meldefrist für entsandte Arbeitnehmer aus der EU zu halbieren, sorgte Bundesrat Cassis für Kritik. Jetzt kommt der erste konkrete Kompromissvorschlag aufs Tapet.

Barbara Inglin

Hinter den Kulissen laufen die Verhandlungen auf Hochtouren. Der Bundesrat will mit den Sozialpartnern einen Weg aus der Zwickmühle finden: Die EU macht in den Verhandlungen um das für die Wirtschaft wichtige institutionelle Rahmenabkommen Druck auf die Schweiz. Insbesondere stört sich die Europäische Union daran, dass EU-Firmen in die Schweiz entsandte Arbeiter mindestens acht Tage vorher anmelden müssen.

Diese sogenannte Acht-Tage-Regelung ist Teil der flankierenden Massnahmen zur Personalfreizügigkeit. Und für die Gewerkschaften nicht verhandelbar. Dies machten sie unlängst klar, als Bundesrat Ignazio Cassis bei Radio SRF eine Halbierung der Meldefrist zur Diskussion stellte. Ohne die achttägige Frist könnten keine wirksamen Lohnkontrollen durchgeführt werden, kritisierten die Gewerkschaften.

Nur noch Sekunden statt Tage

Während Bundesrat und Sozialpartner derzeit hinter verschlossenen Türen um einen Kompromiss ringen, bringt das Politlabor der Grünliberalen Partei einen neuen Vorschlag ins Spiel. Dieser baut ebenfalls auf der Vier-Tage-Meldefrist auf. Heute sei es mit digitalisierten Prozessen ohne Probleme möglich, eine Meldung innert Sekunden an die richtige Kontrollstelle zu schicken – etwa mit Hilfe einer App, schreibt das GLP-Lab in einem Diskussionspapier. Aktuell dauert dies deutlich länger – unter anderem, weil mehrere Behörden involviert sind. Zudem ist das Anmeldeformular so aufgebaut, dass es immer wieder zu Fehlern kommt. Mit einer neuen App könnten die Fehlerquote bei den Eingaben gesenkt und die zuständigen Kontrollkommissionen ohne Umwege informiert werden, schreibt das GLP-Lab. Der Lohnschutz werde nicht mit einer



Auf Schweizer Baustellen sind viele ausländische Firmen tätig. Umstritten ist, wie die Behörden kontrollieren können, ob diese die hiesigen Vorschriften einhalten. Bild: Melanie Duchene/Keystone (Zürich, 4. Juli 2018)

langsamem Bürokratie erreicht, sondern mit effizienten und zielgerichteten Kontrollen.

Mit einem dynamischen Mechanismus soll die Kontroll-dichte automatisch an die Lohn-dumpinggefahr angepasst werden. Die Resultate der Kontrollen sollen in eine zentrale Datenbank fließen. Mit diesen neuen Daten würde wiederum die Verstoss-wahrscheinlichkeit laufend aktualisiert: Bei negativen Ergebnissen würde die Kontroll-dichte sinken, bei positiven Resultaten zunehmen. Zusätzlich zur Fristverkürzung soll eine Schutzklausel eingeführt werden. Für Branchen oder Regionen, in denen

«Es besteht dringender Reformbedarf.»

Kurt Weigelt
Industrie- und Handelskammer
St. Gallen-Appenzell

das Risiko als hoch eingeschätzt wird, dass die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden, würde weiterhin die achttägige Frist gelten. Die Schutzklausel könne die neue Vier-Tage-Regel mehrheitsfähig machen, schreiben die Autoren.

Dies ist allerdings sehr ungewiss. Zum aktuellen Vorschlag wollen sich die Gewerkschaften sowie der Arbeitgeberverband mit Verweis auf die laufenden Verhandlungen nicht äussern. Die Reaktionen auf Cassis' Aussage waren aber eindeutig. Bei der Diskussion um die Acht-Tage-Regel gehe es schlicht um die Frage, ob die Schweiz ihre euro-

paweit höchsten Löhne eigenständig schützen könne, schreiben die Gewerkschaften in einer Mitteilung. Diese Regeln und die flankierenden insgesamt müssten vom neuen Rahmenabkommen ausgenommen werden.

Ähnlich die Arbeitgeber: Die flankierenden Massnahmen seien zentraler Bestandteil des Freizügigkeitsabkommens und dürften nicht zur Verhandlungsmasse mit der EU werden. Auf Arbeitgeberseite gibt es aber durchaus andere Positionen. Generell sei er der Meinung, dass über eine Vier-Tage-Regelung diskutiert werden könne, schreibt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbandes und Zürcher FDP-Nationalrat. Entscheidend sei, dass der Lohnschutz garantiert sei und die flankierenden Massnahmen nicht ausgebaut würden.

Zusammenarbeit über Grenze als Chance

Gespannt auf die Ergebnisse der Verhandlungen wartet Kurt Weigelt. Als Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell vertritt er die Interessen der exportierenden Wirtschaft – und ärgert sich seit Jahren über die langen Fristen. «Es besteht dringender Reformbedarf», schrieb er diese Woche in einer Mitteilung. Die Zusammenarbeit über die Grenze sei eine Chance, werde durch die unnötige Bürokratie aber behindert, sagt er. Am häufigsten seien Reklamationen von Unternehmen, bei welchen Reparaturarbeiten von ausländischen Firmen nicht sofort erledigt werden könnten.

Auch SP-Nationalrat Eric Nussbaumer (BL) will die Vier-Tage-Regel nicht verteideln. «Die Lösung des GLP-Lab wäre wohl zu diskutieren», schreibt er. **Damian Müller, Luzerner FDP-Ständerat, hält hingegen nicht viel vom Vorschlag. «Gut gemeint, aber am Ziel vorbeigeschossen», so sein Fazit. Der Vorschlag helfe nicht, die Fundamentalopposition der Gewerkschaften aufzuheben.**

Klima des Misstrauens gefährdet Gespräche mit EU

Sozialpartner Die Stimmung ist aufgeheizt. Zwischen Paul Rechsteiner und Valentin Vogt. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes (SGB) und der Präsident des Arbeitgeberverbands können es auf einer persönlichen Ebene nicht miteinander. Aufgeladen ist die Stimmung auch zwischen Vogt und Hans-Ulrich Bigler, dem Direktor des Gewerbeverbandes (SGV). Und vor allem zwischen Rechsteiner und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

Diese Voraussetzungen erschweren die Gespräche, die zu den flankierenden Massnahmen stattfinden. Es geht um ein äusserst sensibles Thema: Gibt es Spielraum für Konzessionen gegenüber der EU für das Rahmenabkommen? Schneider-Ammann sondiert dies unter hoher Geheimhaltung in Einzelgesprächen mit den Präsidenten von Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Gewerbeverband sowie den

Kantonen. Er hat fast alle Gespräche geführt, immer unter vier Augen. «Das Gespräch hat stattgefunden», sagt Arbeitgeber-Präsident Vogt. Auch Adrian Wüthrich, Präsident von Travail Suisse, hatte «ein gutes Gespräch».

Umstrittener Generalsekretär

Schneider-Ammann will Schnittmengen für Kompromisse herauschälen. Ab nächster Woche sollen Gespräche auf technischer Ebene stattfinden. Recherchen zeigen: Moderiert werden sie von Stefan Brupbacher, Generalsekretär des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Daran dürften die Gewerkschaften wenig Freude haben. Sie sehen im ehemaligen FDP-Generalsekretär den ordnungspolitischen Spin-Doctor des Wirtschaftsdepartements. Brupbacher hat aber Erfahrung in der Suche nach Kompromissen mit Sozialpartnern. Zwischen

1992 und 2002 war er beim Staatssekretariat für Wirtschaft stellvertretender Leiter des Fachbereichs «Internationale Arbeitsfragen» und damit Vertreter der Schweiz bei der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO. Das Moderieren von Kommissionen aus Vertretern von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern war ein Bestandteil des Jobs.

Wie wichtig der Prozess ist, den Schneider-Ammann im Auftrag des Bundesrats durchführt, weiss man im Departement. Und man weiss auch, dass subtiles Vorgehen gefragt ist. Die Stimmung ist emotional so aufgeheizt, dass man von einem Klima des Misstrauens reden muss. Ein Teil der Spannungen geht auf die Kappe Schneider-Ammanns. Als Aussenminister Ignazio Cassis die Acht-Tage-Regel zur Diskussion stellte, sekundierte ihn sein Parteikollege: Heute könne man in «acht Sekunden» erledigen, wofür man früher die Acht-Tage-

Regel benötigt habe. Die Aussagen führten zu einem giftigen Wortwechsel via Medien. SGB-Präsident Rechsteiner sagte, Schneider-Ammanns Glaubwürdigkeit bei den Lohnabhängigen sei «im Keller».

Spannungen im bürgerlichen Lager

Als gestört gilt auch das Verhältnis der Sozialpartner, was sich an der schwierigen Beziehung zwischen Rechsteiner und Arbeitgeber-Präsident Vogt zeigt. «Die gegenseitigen Gehässigkeiten sind unschön», sagt Adrian Wüthrich von Travail Suisse. «So kommen wir nicht weiter.» Die Arbeitgeber erweckten den Eindruck, «dass es die bürgerliche Mehrheit schon richten werde und sie gar nicht auf die Sozialpartnerschaft angewiesen» seien. Die Arbeitgeber ihrerseits wollen bei den Flankierenden keinen Ausbau zulassen. Sie sehen sich einem harten Wettbe-

werb ausgesetzt. Spannungen gibt es auch im bürgerlichen Lager. Es verärgerte die Arbeitgeber, dass sich der Gewerbeverband vom Projekt «Berufsbildung 2030» verabschiedete, welches das Staatssekretariat für Bildung mit den Sozialpartnern ausgehandelt hatte. Das habe zu Spannungen zwischen Direktor Hans-Ulrich Bigler und Vogt geführt, sagen Quellen.

Bigler betont, der SGV habe es nicht mittragen wollen, dass das Staatssekretariat den «als nicht wissenschaftlich» kritisierten Bericht doch als Grundlage für das Leitbild verwendet habe. «Das hat nichts zu tun mit Arbeitgeberverband und Herrn Vogt.» Wahrlich eine schwierige Konstellation für die Gespräche zu den Flankierenden. Ob es die verkrachten Partner unter diesen Umständen schaffen, den Gordischen Knoten zu durchtrennen?

Othmar von Matt